

Ein Tabubruch in der letzten Eurokrise macht es nun sicher: Die Bankeinlagen der normalen Sparer werden nicht mehr geschont, wenn eine Bankenschieflage wie in Zypern droht.

Noch 2008 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel gemeinsam mit dem Finanzminister der großen Koalition, Peer Steinbrück, betont, dass die Sparer-Guthaben unantastbar sind. Ist diese Aussage nur ein politisches Versprechen gewesen, das damals nur abgegeben wurde, um die Sparer zu beruhigen, oder ist es ökonomisch unterfüttert? Plötzlich sind wieder Zweifel da und die Eurokrise auch. Es geht um die Einlagensicherung der kleinen Sparer bis zu 100 000 Euro. Nach dem Zypern-Fall ist aber das Misstrauen wieder da, weil diese Entscheidung für Zypern ein Vertrauensbruch gegenüber den Bankkunden ist.

Zur Vorgeschichte dieser Entscheidung gegenüber den Bankkunden in Zypern:

Die zyprischen Bankkunden sollen, so der Beschluss der Finanzminister der Eurogruppe, an der Rettung des zyprischen Teils der Insel Zypern, der griechisch dominiert ist und 2004 gegen die Wiedervereinigung mit dem türkischen Teils Zyperns gestimmt hat, sich an der Rettung der Wirtschaft dieses Teils der Insel beteiligen. Zur Rettung waren zunächst 15 Milliarden Euro vorgesehen, aktuell nur noch 10 Milliarden. Der Rest von 4,9 Milliarden Euro soll von den zyprischen Sparern durch Besteuerung ihrer Spareinlagen aufgebracht werden. Das bedeutet einen Kapitalschnitt von 6,75% auf Guthaben bis 100 000 Euro und von 9,9% auf höhere Bankguthaben. Der Grund für diese Überlegungen ist einfach nachzuvollziehen. Die europäischen Sparer vor allem die Deutschen sind nicht mehr gewillt, für andere marode Volkswirtschaften mit ihren Steuern geradezustehen. Keine Rettungspakete mehr für Länder, die sich nicht an die EU - Spielregeln halten. Zypern stand zuletzt in dem zweifelhaften Ruf, eine Oase für Schwarzgeld russischer Oligarchen zu sein. Der Bankensektor in Zypern ist, gemessen an der Größe der Mittelmeerinsel, überdimensioniert aufgeblasen und hat die Wirtschaft in eine Schieflage gebracht, die, wenn die EU-Gelder nicht gezahlt werden, Zypern in die Zahlungsunfähigkeit treibt. Deshalb sind die Forderungen der Finanzminister so hart. Der zyprischen Regierung bleibt es überlassen, die Restsumme von 5 Milliarden Euro zur Schuldenbegleichung zu beschaffen. Ohne Beteiligung der Bankkunden wird es dieses Mal nicht gehen. Fantasie ist jetzt gefragt und politisches Stehvermögen..

Nun zu Einlagensicherung von Bankguthaben in Deutschland. Sicherheit ist ein relativer Begriff. Der Untergang der USA-Firma Lehman-Brothers hat Schwachstellen auch in Deutschland gezeigt.

In Deutschland haben wir ein zweistufiges System. Das Geld der Kunden wird durch einen gesetzlich und zusätzlich durch einen privaten Schutzmechanismus garantiert. Eine gesetzliche Einlagensicherung gibt es erst seit 1998. Der gesetzliche Schutz bedeutet aber nicht, dass die Bankkunden einen direkten Anspruch auf eine Entschädigung aus der Staatskasse haben. Der Staat besitzt nur Steuergelder seiner Bürger, die er politisch verwaltet z.B. über Gesetze und Steuern einnimmt. Privatbanken hatten bereits früher eine „Entschädigungseinrichtung deutscher Banken“. Volksbanken und Sparkassen haben seit 1998 eigene Entschädigungseinrichtungen. Gemäß § 3 Absatz 2 haben Kunden im Entschädigungsfall nur gegen die Entschädigungseinrichtung durch das Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz einen Rechtsanspruch gegenüber der entsprechenden Bank z.B. einer Sparkasse. Die gesetzliche Sicherung gilt aber nur für Bankeinlagen bis 100 000 Euro je Kunde. Wer sehr viel Geld auf seinem Konto hat, muss mit Verlusten rechnen. Bei der Commerzbank mit fast 11 Millionen Privatkunden müssten nach o.g. Gesetz im Extremfall 1,1 Billionen Euro bereitgestellt werden, eine astronomische Summe, die die Zahlungsfähigkeit der Bank überfordern würde. Es darf also keine systemische Krise auftreten. Deshalb ist es so wichtig, immer die richtige Regierung zu haben und politisch wachsam zu sein. Kriege verschlingen grundsätzlich sehr viel Geld vor allem, wenn man ihn verliert. Also immer friedlich bleiben und sich nicht provozieren zu lassen !!! Träte der Extremfall ein, so müsste der Staat tatsächlich einspringen. Die Euro-Krise wird uns auf jeden Fall noch lange beschäftigen.

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 19. März 2013